

BLICKPUNKT PLENUM

03. – 05. März 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Marode Infrastruktur gefährdet Wirtschaftsstandort Hessen

Knapp die Hälfte der Landes- und Kommunalstraßen, nämlich 47 Prozent, befinden sich in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Die SPD-Fraktion hat für den Haushalt 2015 20 Millionen Euro mehr für den Landesstraßenbau gefordert, um hier den erheblichen Nachholbedarf wenigstens ansatzweise zu minimieren. Diese Forderung hat die Landesregierung abgelehnt. Mit der Ausweitung der LKW-Maut hat die SPD einen soliden Finanzierungsvorschlag zur Finanzierung der verkehrlichen Infrastruktur gemacht – so können bis zu neun Milliarden Euro für den Erhalt der verkehrlichen Infrastruktur mobilisiert werden – ein erheblicher Teil davon käme Hessen zugute. Der ÖPNV, der vor allem von den Grünen vor ihrer Regierungsbeteiligung immer in den Vordergrund gerückt wurde – erfahre von dieser Landesregierung keine besondere Beachtung. Es wird das fortgesetzt, was Schwarz-Gelb angefangen habe: Verwalten statt gestalten.

Im Wahlprogramm haben Bündnis 90/Die Grünen eigene Landesmittel für den ÖPNV gefordert. Im Koalitionsvertrag ist daraus ein Prüfauftrag geworden, ob der Unterfinanzierung des ÖPNV mit einer Kofinanzierung des Landes entgegengewirkt werden kann. Hier stellt sich die Frage, wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist. Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“, das von Oppositionspolitiker Al-Wazir immer kritisiert wurde, wird einfach in „Mobiles Hessen 2020“ umbenannt. Es gibt einen nahtlosen Übergang von Florian Rentsch zu Tarek Al-Wazir im Verkehrsministerium und damit ist Hessen von einem Wechsel in der Verkehrspolitik weit entfernt. Der versprochene Politikwechsel und die Verkehrswende bleiben aus.

Terminal 3: Theater - Sonst nichts

Die Vorstellung eines Gutachtens zum Bau des Terminal 3 am Frankfurter Flughafen hat die SPD-Landtagsfraktion als erneutes Ablenkungsmanöver des grünen Wirtschafts- und Verkehrsminister Al-Wazir bezeichnet. Der Verkehrsminister hat vor der Wahl verkündet, dass es Terminal 3 mit ihm nicht geben wird. Jetzt versucht er mit Bekenntnissen, Prüfungen und Gutachten abwägendes Regierungshandeln vorzutäuschen, das von der Rechtslage längst überholt ist. Mit seiner Vorstellung weckt er erneut Hoffnungen bei den Menschen in der Region, die er nicht einhalten kann. Es geht nicht um den Anbau eines Geräteschuppens, sondern um einen Flughafen mit globaler Bedeutung, der einer der größten Arbeitgeber der Region ist. Die Rechtslage ist heute die gleiche, wie vor der Landtagswahl. Der Unterschied ist nur, dass Al-Wazir vor der Landtagswahl etwas anderes versprochen hat, als er jetzt macht. Er hat das vor der Landtagswahl ‚Versprochen-Gebrochen‘ genannt“. Eine politische Aufforderung zu einem Moratorium, wie es die SPD ausgesprochen hatte, hat es von Schwarz-Grün nie gegeben. Der richtige Zeitpunkt ist aber längst vorbei. Das Terminal 3 wird ab Sommer gebaut. Nach einer politischen Schonfrist wird die Fraport dies verkünden. Das ist alles ein Theaterspiel, sonst nichts.

Recht auf zeitnahen Arzttermin

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich für das Versorgungstärkungsgesetz ausgesprochen. Damit erhalten alle Patienten einen Rechtsanspruch auf einen zeitnahen Arzttermin. Das vorziehen von Privatpatienten oder IGeL-Leistungen (unnötige Maßnahmen, die Patienten selbst bezahlen müssen) zu Lasten der tatsächlich kranken Versicherten wird es nicht mehr geben können. Damit wird auch die Versorgung in ländlichen Räumen verbessert. Die SPD kritisierte erneut die völlig unzureichende Gesundheitsförderung. Hessen liegt weit hinter anderen Ländern zurück, wenn es darum geht, Gesundheitsförderung und Prävention voranzubringen.

Anwohnerschutz bei SuedLink ernstnehmen!

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Entscheidung der Bundesnetzagentur, nach der Tennet seine Pläne für die geplante SuedLink-Trasse quer durch Hessen überarbeiten muss, als konsequent bezeichnet.

So hat die Genehmigungsbehörde etwa kritisiert, dass die Umweltauswirkungen der Trasse zu wenig berücksichtigt werden sowie Ziele und Bewertungsmaßstäbe offenzulegen sind und nachvollziehbar sein müssen. Diese Entscheidung der Bundesnetzagentur ist auch der Erfolg der mittlerweile über 20 hessischen Bürgerinitiativen. Sie sind mit ihren kritischen Stellungnahmen von der Bundesbehörde ernst genommen worden. Auch die SPD-Landtagsfraktion sieht sich in ihrer Kritik bestätigt. Noch im Januar hat Schwarz-Grün im Wirtschaftsausschuss des Landtags einen SPD-Antrag abgelehnt, der wie jetzt die Bundesnetzagentur den Tennet-Antrag kritisch hinterfragt hat. Stattdessen beschlossen CDU und Grüne einen eigenen Antrag, in dem SuedLink als für den Erfolg der Energiewende von zentraler Bedeutung bezeichnet und die Beteiligung der Öffentlichkeit von Tennet gelobt wurde.

Die SPD forderte alle Beteiligten auf, die durch die Rückweisung des Antrags gewonnene Zeit dafür zu nutzen, Optimierung für Mensch und Umwelt zu schaffen. Die Forderung der 20 Landkreise entlang der geplanten Trasse, die in der sog. ‚Hamelner Erklärung‘ den Einsatz von längeren Erdkabelabschnitten gefordert haben, ist richtig. Jetzt müssen Bund und Land die Rechtsgrundlage vereinfachen. Die Landesregierung, muss sich deutlich intensiver um das Thema SuedLink kümmern und der Landesentwicklungsplan geändert und verbindliche Abstände zur Wohnbebauung festgeschrieben werden. Während Bouffier inzwischen SuedLink insgesamt in Frage stellt, hält sein Energieminister diesen für die Energiewende in Hessen weiter für notwendig. Namentliche Abstimmungen zu Zitaten aus Parteiveranstaltungen - wie von der FDP beantragt - werden der komplexen Thematik nicht gerecht.

NSU-Akten zeitnah und ungeschwärzt aushändigen!

Die SPD-Landtagsfraktion hat in der von der SPD einberufenen Aktuellen Stunde zum Kasseler Mord an Halit Yozgat durch den NSU den neuen Sachverhalt wie folgt kommentiert: „Es steht nun nicht mehr nur im Raum, dass der hessische Verfassungsschutz die polizeilichen Ermittlungen behindern könnte. Es gibt nun auch Gründe zu der Annahme, dass hessische Beamte vor dem Mordanschlag auf Halit Yozgat möglicherweise Kenntnis von einer geplanten Straftat gehabt haben könnten. Es wäre ein unvorstellbarer Skandal, wenn ein Mitarbeiter des Landes Hessens vor der Tat Hinweise gehabt hätte und die Tat hätte verhindert werden können.“

Am 21. Februar ist auch bekannt geworden sei, dass sich der damalige Innenminister Volker Bouffier 2006 in das laufende Disziplinarverfahren gegen den Verfassungsschützer Andreas Temme persönlich nicht nur eingemischt, sondern darauf hin gewirkt hat, dass der Verfassungsschützer weiter seine Bezüge behält. Der Verfassungsschützer Temme hat damals unter Mordverdacht gestanden, und es haben Straftaten nachweisbar vorgelegen, denn er hat illegal Waffen und auch Drogen besessen. Es ist unüblich, dass sich ein Innenminister in ein laufendes Disziplinarverfahren höchst selbst einmische. Es ist um einen Beamten des mittleren Dienstes gegangen, gegen den eine Mordermittlung eingeleitet worden ist. Die SPD äußerte ihre Hoffnungen, dass auf alle Fragen der Untersuchungsausschuss Antworten finden muss. Es geht aber auch um politische Verantwortung. Deshalb ist die Frage an den Ministerpräsidenten angebracht, was er zur Aufklärung beitragen kann.

Es ist geboten, vollständig und lückenlos aufzuklären. Die SPD forderte die Landesregierung auf, endlich die von der SPD angeforderten Akten vollständig, zeitnah und ungeschwärzt an den hessischen Untersuchungsausschuss auszuhändigen. Durch diese Vorwürfe im öffentlichen Raum herrscht eine Beweislastumkehr. Die Landesregierung - und nur sie - muss diese Vorwürfe entkräften.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde